„Wir bleiben dran, Frau Ministerin Nahles!“ CDU-Mittelstandsvereinigung kritisiert Ausgang des Koalitionsgipfels in Sachen Mindestlohn

Dienstag 28. April 2015 - **Hildesheim (wbn). Streitthema Mindestlohn: Auch der Bezirksverband Südniedersachsen/Hildesheim der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Niedersachsen (MIT) zeigt sich unzufrieden mit den Ergebnissen des Koalitionsausschusses am vergangenen Sonntag in Berlin.**

Und widerspricht energisch der Ansicht von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), derzufolge der Mindestlohn ein Segen für die Arbeitnehmer ist und keine Jobs vernichtet. In Wirklichkeit sei das Prinzip ‚8,50 Euro je Stunde‘ mit seinem Bürokratie-Rattenschwanz völlig lebensfremd. „Im Bereich der Ehrenamtlichen oder Praktikanten hätte beim Mindestlohn dringend nachgebessert werden müssen“, heißt es in einer Pressemitteilung der MIT. Eine Reihe von Firmen werde sich jetzt aus Kostengründen dreimal überlegen, Praktikanten zu beschäftigen.

Fortsetzung von Seite 1

Tatsächlich ist es seit Januar so, dass nur noch Praktika, die in der Studienordnung als verpflichtend vorgeschrieben sind, vom Mindestlohn ausgenommen sind. Alle freiwilligen Praktika hingegen sind mindestlohnpflichtig, wenn sie länger als drei Monate dauern.

Das führt nach Ansicht der Mittelstandsvereinigung zur lebensfernen Situation, dass diese Praktikanten nun im Durchschnitt das Doppelte an Lohn bekommen müssten wie zuvor. Die Unternehmen verkürzen daher nun oft die angebotenen Praktika auf maximal drei Monate oder nehmen nur noch Pflichtpraktikanten auf.

„Die Lohnuntergrenze von 8,50 Euro ist für uns auch nicht das Problem“, schreibt die MIT, „aber unausgegorene Regelungen wie am Beispiel Praktikum oder die Dokumentationspflicht für Arbeitgeber ist eine reine Zumutung.“